

**Einfache Anfrage Die Mitte-EVP-Fraktion:
«Neubeurteilung des Projekts IT Steuern SG+ nach Annahme der Individualbesteuerung»**

Am 8. März 2026 haben die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung angenommen. Künftig sollen natürliche Personen unabhängig vom Zivilstand individuell besteuert werden. Die Mitte und die EVP haben sich im Abstimmungskampf gegen die Individualbesteuerung eingesetzt.

Es ist davon auszugehen, dass die Schweizer Stimmbevölkerung in den kommenden Monaten auch über die Initiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare» der Mitte abstimmen wird. Eine Annahme würde ebenfalls Veränderungen im aktuellen Steuersystem nach sich ziehen, die durch die eidgenössischen Räte definiert und innert dreier Jahre nach Annahme beschlossen werden müssen. Diese Veränderungen wären aber im Vergleich zur Individualbesteuerung moderater Natur, da die Individualbesteuerung die grösste Steuerreform seit Jahrzehnten nach sich zieht.

Das Projekt IT Steuern SG+ wurde bereits früher kontrovers diskutiert. Die Mitte-EVP-Fraktion wies insbesondere auf hohe Kosten, die lange Projektdauer, grosse Unsicherheiten, den beschränkten Wettbewerb und unklare Risiken hin. Mit der Annahme der Individualbesteuerung verändern sich die fachlichen und technischen Rahmenbedingungen zusätzlich und in einem noch nicht genau abschätzbaren Rahmen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand des Projekts IT Steuern SG+?
2. Welche Projektkosten sind bisher angefallen?
3. Welche Verpflichtungen ist der Kanton bereits eingegangen?
4. Welche Auswirkungen hat die angenommene Individualbesteuerung auf Umfang, Zeitplan, Kosten und Risiken des Projekts?
5. Prüft die Regierung unter den neuen Rahmenbedingungen einen Projektstopp oder eine Neuausschreibung mit reduziertem Umfang?
6. Wie stellt die Regierung sicher, dass keine unnötigen Investitionen in ein System erfolgen, welches kurz- oder mittelfristig an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst werden muss?»

1. Mai 2026

Die Mitte-EVP-Fraktion